C 21156 F

ersatzkasse report.

vdek Die Ersatzkassen

IN DIESER AUSGABE AUFGEMERKT vdek-Positionen zur medizinischen Versorgung | **AUF EIN WORT** Politiker zur Wahl **AUFREGUNG** Strafzinsen für Gesundheitsfonds | **AUFFALLEND** Mehr Geld für ambulante Hospize

MECKLENBURG-VORPOMMERN

VERBAND DER ERSATZKASSEN. JULI 2016

ZUSPRUCH

Vierteljahrhundert „gesunde Arbeit“

FOTO vdek

EHRENGAST Ministerin Birgit Hesse

Besonders erfreulich für die vdek-Landesvertretung war, dass sich Sozialministerin Birgit Hesse (SPD) trotz vieler anstehender Termine dennoch die Zeit genommen hatte und bei der Festveranstaltung als erste ein Grußwort hielt. Sie lobte den Einsatz der Ersatzkassen beim Aufbau eines funktionierenden, flächendeckenden Gesundheitssystems im Land.
„Weil Sie als Interessenvertretung Ihrer Mitgliedskassen und besonders der über 650.000 Ersatzkassenversicherten mit Ihrem Know-how und Ihren Ideen ein wichtiger und konstruktiver Akteur auf dem Weg sind, für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine zukunftsfeste, erreichbare, gute und bezahlbare Versorgung zu gewährleisten, gratuliere ich dem vdek besonders gern und besonders herzlich zu einem Vierteljahrhundert gesunder Arbeit.“

25 JAHRE VDEK-LANDESVERTRETUNG

„Gemeinsam sind wir stark“

Unter dieses Motto stellte der Verbandsvorsitzende der Ersatzkassen, Christian Zahn, sein Grußwort, referierte über die Notwendigkeit starker, regionaler Repräsentanzen und würdigte die 25-jährige erfolgreiche Arbeit der Landesvertretung in Mecklenburg-Vorpommern.

Sozialministerin Hesse lobte die gute Arbeit der regionalen Ersatzkassenvertretung im Land und betonte, dass es viele Schnittstellen zwischen ihrer Arbeit und der der Landesvertretung gibt. Beispielhaft erwähnte sie die Konzertierte Aktion, der Psychiatrie- und der Geriatriebeirat oder die Runde der Krankenhausplanungsbeteiligten. Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in der gesundheitlichen Versorgung stehen, werden diese Möglichkeiten erhalten bleiben – oder sich sogar mehren, meinte die Ministerin.

Ersatzkassen sind wichtiger Partner

Einen besonderen Fokus legte sie auf den Bereich der Pflegeversicherung. Einer zunehmenden Anzahl Pflegebedürftiger wird künftig nur ein begrenztes Angebot an professionellen Pflegekräften gegenüber stehen. Das stelle besondere Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegesystem und daran, dass beides zusammen gedacht werden muss. Um diese Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, müsse man die Gesundheitsversorgung mit dem schönen Wort „sektorenübergreifendend“ denken. Das heißt: Die vorhandenen Angebote müssen besser ineinandergreifen: Arztpraxen, Reha-Einrichtungen, ehrenamtliche Hilfen und Pflege. Hier gilt es, die Chancen, die das neue Versorgungsstärkungsgesetz bietet, gemeinsam zu nutzen und umzusetzen. „Und ich sage mit Bedacht gemeinsam, denn ich sehe den Ersatzkassenverband als wichtigen Partner.“

Erfolgreiche Solidargemeinschaft

Der Verbandschef der Ersatzkassen, Christian Zahn, ging in seinem Grußwort auf die historische Entwicklungen der Landesvertretungen ein. Anfang der 90er Jahre wollten die meisten Landesregierungen gerne über alle Krankenkassen die Aufsicht führen. Und sie wollten feste und verlässliche Ansprechpartner vor Ort haben. Nach der Wiedervereinigung musste außerdem die Krankenversicherung in den neuen Bundesländern aufgebaut werden. Deshalb haben sich die Ersatzkassen damals entschieden, über gemeinsame Landesvertretungen ihre regionale Präsenz zu stärken. Doch am Konzept der bundesweit organisierten Ersatzkassen ließen sie nicht rütteln. Im Gegenteil: Der Finanzausgleich

→

KOMMENTAR

Gesundheitspolitik – den Blick vorausgerichtet

FOTO vdek

von
KIRSTEN JÜTTNER
Leiterin der
vdek-Landesvertretung
Mecklenburg-Vorpommern

In 25 Jahren hat sich die Landesvertretung zu einem kompetenten Vertragspartner und zu einer wirksamen Interessensvertretung unserer Mitgliedskassen entwickelt. Ein Grund, nicht nur zurückzuschauen, sondern vor allem auch Akzente für die Zukunft zu setzen. Gerade in einem Wahljahr, die Möglichkeit nutzen, unsere gesundheitspolitischen Positionen zur Landtagswahl öffentlich zu diskutieren. Und wir wollen uns gemeinsam noch besser aufstellen für die Herausforderungen, die große Fläche und dünne Besiedelung an alle Akteure stellen. Das heißt für den ambulanten Bereich den Einsatz von qualifiziertem, medizinischem Fachpersonal, das auf Delegationsbasis ärztlichen Leistungen übernehmen und so den Arzt entlasten kann. Wir unterstützen eine bessere Interaktion, sind für Notfallpraxen an Krankenhäusern, für die Verzahnung des kassenärztlichen Notdienstes mit dem Rettungsdienst, sowie für abgestimmte Einsätze über gemeinsame Rettungsleitstellen. Die Krankenhausplanung muss zukünftig stärker übergreifende, leistungsspezialisierende Aspekte berücksichtigen und Qualitätsaspekte mehr in den Vordergrund rücken. Dafür ist es wichtig, dass eine trägerübergreifende Kommunikation und letztendlich auch Kooperation in Gang gesetzt wird, so wie wir sie jetzt bereits in einigen Regionen erkennen können.

→

bundesweiter Kassen stabilisierte einerseits die Beitragssätze in den Ländern mit tendenziell niedrigeren Einkommen. Andererseits können die hohen Preise in ausdifferenzierten Versorgungsregionen solidarisch aufgefangen werden. Mit diesem Ansatz waren und sind die Ersatzkassen ausgesprochen erfolgreich.

Einst allein politischer Brückenkopf, steht die Arbeit der Landesvertretungen heute auf drei Säulen: der politische Interessenvertretung, der Versorgungsgestaltung und als Dienstleistung für die sechs Ersatzkassen. Mit dieser Entwicklung verknüpft war ein personeller Aufbau in den Landesvertretungen – heute sind von den 560 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes mehr als die Hälfte in den Landesvertretungen beschäftigt. In Schwerin ist die Mitarbeiterzahl von anfangs fünf (1992) auf heute 14 gestiegen. Unter der Prämisse „Gemeinsam sind wir stark“ bedankte sich Christian Zahn bei den Mitgliedskassen für ihr Vertrauen und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesvertretung für die geleistete gute Arbeit.

Von Anfang an dabei

„Rückblick und Ausblick“, so der Vortrag der Stellvertretenden Leiterin des Landesausschusses der Ersatzkassen, Frau Sabine Hansen, von der DAK-Gesundheit.

Als quasi „Urgestein“ der Ersatzkassengemeinschaft war sie von Anfang an dabei und hat die Entwicklung der vdek-Landesvertretung aktiv begleitet. Neben den vielen räumlichen Stationen, ging sie auch auf die zunehmende Aufgabenvielfalt der Landesvertretung ein. Auch sei es bestimmt nicht immer leicht gewesen, die teilweise unterschiedlichen Interessen der Mitgliedskassen unter einen Hut zu bringen („Ein Sack Flöhe hüten mag manchmal einfacher sein“). Lobenswert hob sie hervor, dass die Ersatzkassen als federführender Verband die strukturelle Entwicklung der stationären Versorgung vorangetrieben haben; viel früher als andere Bundesländer. So gab es 1989 noch 55 Krankenhäuser mit 18.835 Betten. Im aktuellen Krankenhausplan sind noch 37 Häuser mit 11.134 Betten, davon 1.215 tagesklinische Behandlungsmöglichkeiten aufgeführt. Damit ist unser Bundesland für zukünftige Anforderungen gerüstet. Dazu müssen allerdings weiterführende und trägerübergreifende Prozesse in Gang gesetzt werden, müssen sich Krankenhäuser spezialisieren und Krankenhausträger gezielt übergreifend kooperieren.

FOTO vdek

GEBURTSSTUNDE des vdek (damals VdAK): mit Dr. Peter Beddies, erster Leiter der Landesvertretung (1992-2003, ganz rechts) und dem heute noch amtierenden Henning Kutzbach (BARMER GEK, 2. von links)

VDEK-PRÄMISSEN

Die Zukunft liegt in unseren Händen – packen wir sie an

Natürlich möchte jeder eine hochwertige medizinische Versorgung im Krankheits- oder Verletzungsfall, schnelle Hilfe in der Not, den Hausarzt in unmittelbarer Nähe und den Facharzt auch nur ein paar Kilometer um die Ecke. Und das alles zu möglichst geringen Beiträgen.

Doch demografische Herausforderungen, ländliche Strukturen und medizinischer Fortschritt zwingen zum Nachdenken über die zukünftige medizinische Versorgung. Das haben die Ersatzkassen getan, deren grundlegende Positionen wir auszugsweise wiedergeben.

1. Wir wollen auch in Zukunft dazu beitragen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrem Wohnort und ihren medizinischen Behandlungsbedürfnissen flächendeckend eine sehr gute medizinische Versorgung erhalten.

2. Die Ersatzkassen werden weiterhin darauf hinwirken, dass die Versorgung wirtschaftlich, tragfähig und nachhaltig organisiert und gestaltet wird. Dazu müssen wir den Mut finden, alte Verfahrenswege zu überdenken, neue Wege einzuschlagen und andere Partner beharrlich für andere oder neue Weichenstellungen zu überzeugen.

3. Durch geeignete Arbeitszeitmodelle (Medizinische Versorgungszentren, Angestelltenverhältnisse für Ärzte und vor allem Ärztinnen) und eine weitergehende Arbeitsteilung zwischen Ärzten und medizinischem Fachpersonal (z. B. Praxisassistentinnen), das heißt die Delegation von ärztlichen Leistungen auf geschultes Fachpersonal kann den demografischen Herausforderungen begegnet werden.

4. Der Rettungsdienst muss Landkreis übergreifend organisiert werden (z. B. zentrale Rettungsleitstellen, gemeinsame Rettungswachen) und moderne bildgebende Verfahren auch im Rettungsdienst Eingang finden (Telenotarzt). Außerdem müssen Rettungsdienst und Kassenärztlicher Notdienst besser verzahnt werden.

5. Die Qualität der Krankenhausversorgung kann durch mehr Kooperation, Konzentration auf effektive Behandlungsabläufe und einem höheren Maß an Spezialisierung noch gesteigert werden. Das Gutachten der GesundheitsConsult GmbH (Hamburg) zur medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sollte zwingend weiter diskutiert und zur Basis von Reformvorschlägen für die weitere Ausgestaltung der stationären Versorgungslandschaft dienen.

6. Die Ersatzkassen unterstützen die zügige Umsetzung des eHealth-Gesetzes, damit sinnvolle, die Qualität steigernde und die Transparenz verbessernde Telematikanwendungen schneller und leichter einführbar werden, um sie für alle nutzbar machen zu können.

FOTO Techniker Krankenkasse

7. Sie setzen sich im Interesse ihrer Versicherten dafür ein, dass die notwendigen Qualitätsanforderungen an die Erbringung von Pflegeleistungen für alle Pflegebereiche gelten, beispielsweise auch für Pflegeformen der Intensivpflege in einer Wohngemeinschaft. Außerdem muss die Attraktivität des Pflegeberufes erhöht werden.

8. Gesundheitsförderung und Prävention sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Ersatzkassen unterstützen mit großem Engagement die Umsetzung des Präventionsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern; insbesondere den Abschluss einer Landesrahmenvereinbarung, die weitere Verbesserung der betrieblichen Gesundheitsförderung sowie die Kooperation und Kommunikation mit allen Beteiligten.

9. Ein besonderes Augenmerk legen die Ersatzkassen auf die Förderung von Arbeitslosen, deren Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt auch durch gesundheitsfördernde Maßnahmen unterstützt wird.

10. Gemeindegesundheitszentren mit vielfältigen Angeboten für Prävention, gesundheitlicher Versorgung, sozialen Interaktivitäten oder auch praktischer kommunaler und individueller Hilfe können ein Erfolgsmodell für die Zukunft sein. Die Ersatzkassen unterstützen hierbei die geplanten Modellprojekte und deren Umsetzung in die Praxis.

LANDTAGSWAHL 2016

Wir haben die Wahl: Aber was haben die Parteien auf der gesundheitspolitischen Agenda?

Der Landtagswahltermin wirft seine Schatten voraus. Am 4. September sind hunderttausende Mecklenburger und Vorpommer aufgerufen, die Volksvertreter für die neue Landtagsperiode zu wählen.

FOTO ArTo – Fotolia.com

SCHWERINER SCHLOSS Hier wird sich im Herbst 2016 der Landtag neu konstituieren

Allerorten sind jetzt Landespolitiker aktiv, um für sich, ihre Partei und für programmatische Lösungen zu werben. Sowohl etablierte Landtagsabgeordnete sind auf Wahltour, aber auch solche, die sich Chancen ausrechnen, neu in den Landtag einziehen zu können.

Getreu dem Motto: Stimmen gewinnt man nur an der Basis, besuchen sie Erzieherinnen, Ärzte und Pflegepersonal in Krankenhäusern, Lokomotivführer, Arbeiter in Betrieben, Bürgerversammlungen oder auch Veranstaltungen wie Messen und Volksfeste.

Sie kommen mit den potentiellen Wählern ins Gespräch, zu wichtigen Themen wie die Asylpolitik, die Arbeitsmarktsituation, zu Kindergartenplätzen, die Schulpolitik, die Situation der Werften und Theater im Land und ganz sicher auch zu Fragen, wie sie die gesundheitliche Versorgung im Land verantwortlich weiter gestalten wollen. Für die Bürger stehen oftmals ganz pragmatische Dinge im Vordergrund: Bekomme ich schnell einen Termin beim Facharzt? Muss meine Tochter zur Geburt weit fahren? Was ist, wenn in zwei Jahren mein Hausarzt in Rente geht? Oder: Muss ich in Zukunft noch mehr Krankenkassenbeitrag zahlen?

Dahinter steht oft die Sorge, wie die medizinische Versorgung angesichts des demografischen Wandels und der dünn besiedelten Regionen unseres Landes in den nächsten Jahren effektiv gestaltet werden kann.

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist die Organisation der gesundheitlichen Versorgung besonders schwierig, mit etwa 69 Bewohner auf einen Quadratkilometer und mehreren Großkreisen, von der Fläche jeweils größer als das Saarland. Da wird schnell klar, dass der Hausarzt eben nicht „gleich um die Ecke“ praktiziert und auch für die Fahrt zu einem Spezialisten schon etliche Fahrkilometer anfallen. Wenn man dann auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, kann sich mancherorts auch schnell eine prekäre Situation ergeben, weil Verkehrsstrecken gestrichen wurden. So geschehen bei der so genannten „Südbahn“, bei der das Land die Schienenverbindung zwischen Malchin und Parchim wegen zu geringen Verkehrsaufkommen gestrichen hat. Eine Bürgerinitiative sammelt jetzt Unterschriften für ein entsprechendes Volksbegehren, dass die Strecke wieder aufgenommen wird. Verkehrspolitik und Gesundheitspolitik – auch das geht zusammen!

Ersatzkasse report. hat die Gesundheitspolitischen Sprecher der aktuell im Landtag amtierenden demokratischen Volksparteien befragt:

DIE FRAGEN ZUR WAHL

1. Welche Hauptaufgaben hat Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode in der Gesundheitspolitik auf der Agenda?

2. Wie will Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung über Sektorengrenzen hinweg gerade im ländlichen Raum gestalten?

Dabei ist klar, dass das nur zwei von sicher ganz vielen interessierenden Fragen sind und auch, dass die Antworten aufgrund des vorgegebenen Platzes sehr akzentuiert ausfallen müssen.

POSITIONEN

CDU

Alle Krankenhausstandorte sollen erhalten bleiben

FOTO privat

BERND SCHUBERT, CDU

1. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Mecklenburg-Vorpommern eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Krankenhauslandschaft mit Spezialisierungen vor Ort vorhalten wird. Wir werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass alle Krankenhausstandorte erhalten bleiben.
Für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung muss das Angebot an Fachkräften ausgebaut und gesichert werden. Menschen zu pflegen ist eine schwere und verantwortungsvolle Arbeit. Wir setzen uns für eine umfassende Wertschätzung der Pflegeberufe ein. Der Pflegeberuf braucht eine stärkere Lobby.
Mit Vorbeugung kann man Krankheiten verhindern. Trotz hoher Impfbereitschaft in Mecklenburg-Vorpommern machen wir uns für eine Impfpflicht für alle Kinder stark.
Wir setzen uns für gezielte Präventionsmaßnahmen von der Kita, über Schule bis hin zur betrieblichen Gesundheitsförderung ein und wollen das bestehende Angebot ausbauen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Niederlassungsbedingungen für Landärzte deutlich verbessert werden. Die Telematikinfrastruktur muss flächendeckend voran gebracht werden.
2. Der demographische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel hat Mecklenburg-Vorpommern bereits jetzt erfasst. Eine Zusammenarbeit ambulanter und stationärer Akteure ist unabdingbar.
Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für Ärzte effizienter gestaltet werden. Das gilt auch für die jeweiligen Partner der Niederlassungswilligen.
Staatlich subventionierte Arztpraxen sowie ein Stipendienprogramm für Medizinstudenten, die sich verpflichten, als Landarzt zu praktizieren, sind sinnvolle Ideen, um die medizinische Versorgung sicherzustellen – gerade und insbesondere für Landeskinder.

SPD

Sicherung der flächendeckenden Versorgung ist zentrale Aufgabe

FOTO privat

JULIAN BARLEN SPD

1. Wir wollen, dass die Menschen gut medizinisch versorgt werden: von der Geburt bis ins hohe Alter. Die Sicherung einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Gesundheitsversorgung gerade auf dem Land bleibt daher zentrale Aufgabe unserer Politik.
Dabei wird es bspw. um Themen wie Fachkräftegewinnung, Vernetzung, grenz- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit und einem verstärkten Einsatz moderner Technologien gehen. Gerade mit Blick auf die besondere demographische Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und die sich damit verändernden Versorgungsbedarfe bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen sind die vorhandenen Strukturen stärker miteinander zu verknüpfen.
Insbesondere im ländlichen Raum müssen neue Wege gegangenen werden, um die Angebotsstrukturen zu sichern und bestmöglich für die Menschen zu nutzen. Das wird nur durch eine gemeinsame, regional abgestimmte Herangehensweise mit allen Akteuren im Gesundheitsbereich gelingen.
2. Künftig müssen in Anknüpfung an die gute Erfahrung mit den Polikliniken ambulante und stationäre Angebote stärker vernetzt werden. Die Krankenhäuser spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir wollen mit den Krankenhausstandorten die heutigen Anker der medizinischen Versorgung in der Fläche erhalten und diese ggf. durch lokale Gesundheitshäuser ergänzen.
Durch abwechselnde Sprechzeiten von Allgemeinmedizinern und Fachärzten und den Einsatz von Telemedizin gelingt auch die Versorgung in den dünn besiedelten ländlichen Räumen. Dazu gilt es, den fachlichen Austausch zwischen Ärzten in der Grund- und Spitzenversorgung zu erleichtern und die Bildung von Netzwerken bspw. bei der Schlaganfallversorgung und im Rettungsdienst weiter zu unterstützen.

POSITIONEN

DIE LINKE

Grundlagen für die Arbeit des ÖGD müssen sich verbessern

FOTO privat

KAREN STRAMM
DIE LINKE

1. Wir sind für den Erhalt der Krankenhausstandorte im Land. Statt ruinöser Konkurrenz wollen wir sinnvolle, auch sektorenübergreifende Kooperationen, die ohne Qualitätseinbußen zu mehr Effektivität und mehr Behandlungsqualität führen.
Es muss eine bessere Abstimmung der Notfallversorgung in den Krankenhäusern, Rettungsdiensten und dem ärztlichen Bereitschaftsdienst stattfinden. Außerdem sollen Mindeststandards beim ärztlichen und pflegerischen Personal eingeführt werden, die sich an den Empfehlungen der jeweiligen Fachgesellschaften orientieren. Wir wollen der Gesundheitsförderung und Prävention stärken. Dazu muss auch der Öffentliche Gesundheitsdienst verbessert werden. Hier sehen wir die Pflicht der Landesregierung, mehr Verantwortung zu übernehmen. Schließlich sind wir für klare Vorgaben, Effizienz- und Effektivitätskontrollen, für passgenaue Hilfen und niedrigschwellige Angebote. Und wir setzen uns für die Förderung der Weiterbildung in der Geriatrie und geriatrischen Rehabilitation ein, damit ein bedarfsgerechtes wohnortnahes Versorgungsangebot entsteht.
2. DIE LINKE ist für eine regional vernetzte, sektorenübergreifende Versorgung; die auch im ländlichen Raum eine wohnortnahe Versorgung sichert. Starre Sektorengrenzen müssen überwunden werden. Dabei ist für uns die bessere Abstimmung der Leistungserbringer und die Stärkung der Hausärzte unabdingbar.
Die Kommunen sind bei der Gewinnung von ambulanten Medizinern zu unterstützen, u.a. durch die Förderung von Medizinstudenten, die sich für eine Tätigkeit im ländlichen Raum entscheiden.
Wir treten für den Ausbau arztentlastender Dienste (VERAH, VERAH-Care, NäPA) ein. Für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung wollen wir auch die Telemedizin fördern und ausbauen.

B'90/GRÜNE

„Baukastenkonzept" soll wirksame Gesundheitsangebote generieren

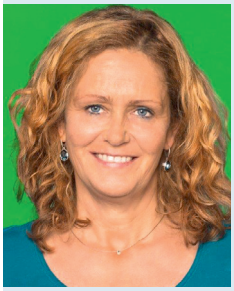

FOTO privat

SILKE GAJEK
B'90/DIE GRÜNEN

1. Als bündnisgrüne Fraktion setzen wir uns in erster Linie ein für eine regionalisierte, partizipative und integrative Versorgungsplanung; für eine präventive, lebenslang begleitende und interdisziplinäre Familiengesundheitspflege nach dem Modell der Weltgesundheitsorganisation. Außerdem sind wir für die Absicherung des Hebammenberufs, Geburtswahlfreiheit und die Förderung der natürlichen Geburt und für die wirksame Beteiligung unabhängiger Patientenvertretungen. Im Bereich Rettungsdienst fordern wir kürzere Rettungswege und eine bessere Ausbildung von Notfallsanitätern und Leitstellendisponenten. Wir sind für eine nachhaltige Fachkräftesicherung in den ambulanten wie stationären Gesundheits- und Pflegeberufen durch verbesserte und erleichterte Qualifizierung, Anerkennung, Entlohnung, Arbeitsbedingungen und für die Einrichtung einer Pflegekammer. Natürlich müssen alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten, das gilt selbstverständlich auch für Asylsuchende.
2. Das bündnisgrüne Konzept der ‚Poliklinik 2.0' kann Kommunen aus einem Baukasten integrierter Versorgungsformen wirksame und finanzierbare Gesundheitsangebote auch jenseits der Konzentration auf die großen Klinikstandorte in den Oberzentren ermöglichen. Das ist pragmatisch gedacht im Sinne der Menschen.
Von Gemeindeschwestern über Tandempraxen, Ärztehäusern, Lokalen Gesundheitszentren und Medizinischen Versorgungszentren bis hin zu kleinen Krankenhäusern mit Grundversorgung und landesweit abgestimmter Spezialisierung bieten sich dafür ortsnah und bedarfsgerecht angepasste, sektorübergreifende Lösungen an.
Die von uns außerdem geforderte ÖPNV-Reform mit landeseinheitlichem Netz und Tarifsystem, integralem Taktfahrplan und vielseitiger Flächenerschließung wird alle Menschen zügig dahin transportieren, wo ihnen geholfen wird.

GEMEINSAMER LANDESAUSSCHUSS

Remis bei der EM – „Sieg“ für den Landesausschuss

Wie kann man den Innovationsfonds mit Leben erfüllen und welche Herausforderungen sind bei der gesundheitlichen Versorgung in Flächenländern zu meistern – diese beiden Themen standen im Mittelpunkt der diesjährigen gemeinsamen Klausurberatung.

FOTO vdek

GEMEINSAM BERATEN Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, vdek-Abteilungsleiter Boris von Maydell (ganz rechts)

Kann man bessere Voraussetzungen für eine Klausurberatung finden, als ländliche Ruhe und (fast) kein Handyempfang? Die Beratung der beiden Landesausschüsse der Ersatzkassen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern fand in diesem Jahr im Bücherhotel Groß Breesen („Mecklenburger Schweiz“) statt.

Heiß diskutiert: Innovationsfond und Krankenhausplanung

Das Thema „Innovationsfonds“ stand im Mittelpunkt des Impulsreferates des Abteilungsleiters Ambulante Versorgung der vdek-Verbandszentrale, Boris von Maydell. Intensiv wurden Gedanken ausgetaucht, welche Projekte sich für den „Innovationsfonds“ eignen und wie Bundes- und Länderebene dabei miteinander kooperieren sollten. Richtung weisend ist ein Modellprojekt des Ersatzkassenverbandes mit der Universität Rostock, bei dem der Einsatz nichtwirksamer Antibiotika deutlich gesenkt werden soll.

Eine weitere Diskussion führten die Ersatzkassenvertreter mit der Abteilungsleiterin Gesundheit des Sozialministeriums, Frau Dr. Sibylle Scriba. Die Themenpalette war breit gezogen, von der Gesundheitsministerkonferenz, über die Investitionsförderung in Krankenhäusern, die Einhaltung von Qualitätsstandards bei Operationen bis hin zur Gewinnung von Fachkräften für den pflegerischen Bereich. Ein wesentliches Fazit der Diskussion: Bei allen Veränderungen und strukturellen Umgestaltungen im medizinischen Versorgungsbereich ist es notwendig, die Bevölkerung nachhaltig einzubeziehen.

Hervorgehoben werden sollte noch der intensive Gedankenaustausch zwischen den vdek-Kollegen beider Länder, das Stöbern in den über 300.000 Büchern des Hotels und nicht zuletzt das „public viewing“ des EM-Spiels Deutschland gegen Polen (0:0).

FINANZEN

Strafzinsen fressen Beiträge auf

FOTO vege – Fotolia.com

Es ist schon paradox; eine fast unheimliche Macht zapft die Liquiditätsreserven des Gesundheitsfonds an – Strafzahlungen der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherungen, überwiegend gefüllt mit Beiträgen von gesetzlich Versicherten, plus ein paar Steuermilliarden, sorgt dafür, dass jede Krankenkasse ausreichend Gelder für die medizinische Betreuung ihrer Versicherten erhält. Damit immer eine Liquiditätsreserve im Topf verbleibt, müssen Gelder kurzfristig angelegt werden – ein normales Geschäft, sollte man meinen. Aber hier schlägt die Zinspolitik der EZB zu. Diese Termingelder werden negativ verzinst. Die Folge: Der Fonds musste im vergangenen Jahr auf seine 10 Milliarden Euro Rücklagen 1,8 Millionen an Strafzinsen zahlen. In diesem Jahr könnte es sogar noch wesentlich mehr werden. Absurd. Eigentlich müsste man die solidarisch aufgebrachten Beitragsmilliarden davon ausnehmen, wenigstens aber, so die Forderung der Ersatzkassen, die Reserve des Fonds auf 35 Prozent einer Monatsausgabe zurückfahren. Dadurch würden ca. vier Milliarden frei, die man sinnvoller Weise den Krankenkassen zur Verhinderung von Zusatzbeiträgen zuweisen könnte.

BÜCHER

Die unentdeckte Fähigkeit der Erfolgreichen

Erfolgreiche Menschen haben eine Eigenschaft, die sie von anderen unterscheidet und doch sofort wahrnehmbar ist: Gelassenheit. Sie meistern schwierige Situationen scheinbar mit Leichtigkeit, persönliche Angriffe prallen an ihnen ab und selbst unter hohem Druck bleiben sie leistungsfähig. In einer der wahrscheinlich spannendsten Reisen, der Reise zu ihrem eigenen Leben, bringt ihnen Dr. Denis Mourlane das Konzept der Resilienz näher und zeigt ihnen, wie sie diese in ihren Alltag integrieren können.

Denis Mourlane
Resilienz
2015, 226 S., € 24,80
Verlag BusinessVillage

Garantiert das beste Angebot verhandeln

Mit einer guten Verhandlungsstrategie kann man viel Geld einsparen. Wenn sie nicht länger vor ausgebufften Strategen kapitulieren wollen, bietet dieser systematische Ratgeber schnelle und praxistaugliche Hilfe. Er versetzt sie in die Lage, viele Verhandlungen zu Gewinn bringenden Ergebnissen zu führen und dabei einen Wert schätzenden Umgang mit ihren Verhandlungspartnern zu pflegen. Sie erhalten einen systematischen Ablaufplan mit konkreten Handlungsempfehlungen und Lösungen für schwierige Situationen.

Urs Altmannsberger
Profitabler Einkauf
Wie sie garantiert das beste Angebot verhandeln
2016, 180 S., € 19,90
GABAL Verlag

STERBEBEGLEITUNG

Hospizförderung überschreitet Millionengrenze

FOTO DAK-Gesundheit

Fünfzehn Hospizdienste aus Mecklenburg – Vorpommern erhalten jetzt im Rahmen der Förderung der ambulanten Sterbebegleitung für das Jahr 2015 einen Förderbetrag von insgesamt fast 1,1 Millionen Euro. Dieser deutliche Sprung von 40 Prozent auf den Förderbeitrag des Vorjahres (2014) resultiert vor allem daraus, dass jetzt auch Sachkosten für die Ehrenamtlichen bezahlt werden können. Insgesamt übernehmen damit die Krankenkassen einen wesentlichen Teil aller notwendigen Kosten für eine bis zuletzt würdevolle Betreuung sterbender Menschen und der ihnen nahe Stehenden durch ausgebildete Fachkräfte und Ehrenamtliche.
Zu den Sachkosten gehören zum Beispiel Fahrkosten der ehrenamtlichen Helfer, Betriebskosten eines PKW eines Hospizdienstes, die Kosten für die Personal- und Lohnbuchhaltung, Mieten, Energie- und Reinigungskosten, Büromaterial, Büromöbel, Druckkosten oder diverse Versicherungen (Haftpflichtversicherung, Dienstreiseversicherung).
Im Jahr 2015 haben die geförderten ambulanten Hospizdienste in Mecklenburg-Vorpommern mit insgesamt 581 ehrenamtlich Tätigen 731 Sterbebegleitungen in Haushalten und Familien erbracht.

PFLEGEBROSCHÜRE

Hilfe im Pflegefall

FOTO VVA-Verlag

Auch in diesem Jahr hat die vdek-Landesvertretung gemeinsam mit dem VVA-Verlag wieder einen Pflegeleitfaden und ein Pflegeverzeichnis herausgegeben. Wenn Pflegebedürftigkeit eintritt und professionelle Pflege und Hilfe notwendig wird, ist es für Angehörige oft nicht so einfach, ein geeignetes Pflegeheim oder einen Pflegedienst zu finden. Hierbei kann die vdek-Pflegebroschüre ein geeigneter Einstieg sein. Neben grundsätzlichen Ausführungen zu Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung finden sie hier auch Hinweise zu Pflegeanbietern in ihrer Nähe; zur besseren regionalen Übersicht noch nach den alten Landkreisen geordnet. Fragen Sie ihre Krankenkasse nach der Broschüre oder informieren sie sich direkt im Internet unter: www.vdek.com/content/vdeksite/LVen/MVP/Ueber_uns/Veroeffentlichungen.

IMPRESSUM

Herausgeber
Landesvertretung
Mecklenburg-Vorpommern des vdek
Werderstraße 74a, 19055 Schwerin
Telefon 03 85 / 52 16-100
Telefax 03 85 / 52 16-111
E-Mail
LV-Mecklenburg-Vorpommern@vdek.com
Redaktion Dr. Bernd Grübler
Verantwortlich Kirsten Jüttner
Druck Lausitzer Druckhaus GmbH
Konzept ressourcenmangel GmbH
Grafik schön und middelhaufe
ISSN-Nummer 2193-2182